



KVJS

Gebündelte KVJS-Kompetenz für Teilhabe an Bildung

Seite 6

Soziales

**Gewaltprävention auf
dem Prüfstand**

Seite 12

Integration

**Wenn Ängste und Zwänge
das Leben belasten**

Seite 20

Jugend

**FASD: Kein
Gläschen in Ehren**

Seite 23

Impressum

KVJS aktuell
November 2022

Herausgeber:
Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg
Öffentlichkeitsarbeit

Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
www.kvjs.de

Verantwortlich:
Kristin Schwarz

Redaktion:
Monika Kleusch

Titelfoto:
Monkey Business - stock.adobe.com

Layout:
www.mees-zacke.de

Bestellungen und Adressänderungen:
Telefon 0711 / 6375-208
publikationen@kvjs.de

Druck:
Texdat-Service gGmbH, Weinheim

Redaktioneller Hinweis:

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der weiblichen und männlichen Bezeichnungen verzichtet wird. Selbstverständlich beziehen sich die Texte in gleicher Weise auf Frauen, Männer und Diverse.

Inhalt

KVJS

- 4 KVJS-Aktuell jetzt auch online ein Blickfang!
- 4 MPD: Neuer Standort in Schwäbisch Gmünd
- 5 MPD-Expertise für Geflüchtete aus der Ukraine
- 6 Gebündelte KVJS-Kompetenz für Teilhabe an Bildung
- 7 Positionspapier „Übergänge zum allgemeinen Arbeitsmarkt“
- 8 REHAB: Großes Interesse an KVJS-Stand

HABILA

- 10 Insiva: Fünf Geschäftsbereiche für Inklusion
- 11 Glücksfälle für beide Seiten

SOZIALES

- 12 Gewaltprävention auf dem Prüfstand
- 14 SGB IX: Virtueller Austausch – niederschwellig und passgenau
- 15 Reinhard Urban in den Ruhestand verabschiedet
- 15 Neue Leitung in Referat 24
- 16 KVJS in Aktionsbündnis Kurzzeitpflege aktiv
- 16 Pflegeeinrichtungen: KVJS gewinnt Musterprozess
- 17 Pflgelöhne jetzt an Tarif gebunden

INTEGRATION

- 18 Upcycling: Aus Alt mach Neu
- 19 Social Media Know-how für Inklusionsunternehmen
- 20 Wenn Ängste und Zwänge das Leben belasten
- 21 KVJS auf Fachmesse „Besser sehen“
- 22 Neue Referatsleiterin Kündigungsschutz
- 22 Grundsatzreferat unter neuer Leitung

JUGEND

- 23 FASD: Kein Gläschen in Ehren
- 24 Landesgartenschau: Frühe Hilfen stellen sich vor
- 25 Mehr Anerkennung für Soziale Arbeit
- 26 Umgang mit Traumata in der Schulsozialarbeit
- 26 Frühe Hilfen: Infos kompakt und online

FORSCHUNG

- 27 Projektbeirat zu „Frühe Hilfen und Psychiatrie Hand in Hand“
- 27 Zwei neue Forschungsprojekte im Jahr 2023

FORTBILDUNG

- 28 Eingliederungshilfe: Teilhabekiste für Wünsche und Ziele
- 30 Fortbildungen vor Ort zur Quartiersentwicklung

NEU ERSCHIENEN

- 31 Neu erschienen

KVJS-Aktuell jetzt auch online ein Blickfang!

Die digitale Version unserer Verbandszeitschrift präsentiert sich ab sofort in neuem Gewand – und zwar mit praktischer Blätterfunktion. Freuen Sie sich auf ein komfortables Leseerlebnis, blättern Sie durch die Berichte bequem per Mausclick oder Swipe auf dem Smartphone. Profitieren Sie auch von einer benutzerfreundlichen Schlagwortsuche und der vereinfachten Themen-Navigation.

Schauen Sie gleich rein:

www.kvjs.de/web-pdf/kvjs-aktuell-3/

Sie wollen den Link zur aktuellen digitalen Ausgabe künftig bequem per E-Mail erhalten? Dann registrieren Sie sich unter publikationen@kvjs.de.

Sollten Sie das KVJS-Aktuell ebenfalls bereits postalisch erhalten, geben Sie bitte an, ob Sie künftig auf die postalische Zustellung verzichten möchten.

Julia Holzwarth



MPD: Neuer Standort in Schwäbisch Gmünd

Der Medizinisch-Pädagogische Dienst (MPD) des KVJS hat einen weiteren Standort eröffnet: Zwei Mitarbeiter aus Stuttgart wechselten nach Schwäbisch Gmünd. Von ihrer neuen Dienststelle direkt am Marktplatz der Gmünder Innenstadt aus betreuen sie die Landkreise Schwäbisch Hall,

Hohenlohekreis, Ostalbkreis und Göppingen. Der MPD will damit seine Präsenz vor Ort weiter stärken. Neben seinem Hauptsitz in Stuttgart hat der Fachdienst nun landesweit weitere sieben Standorte in Reutlingen, Horb, Schwäbisch Gmünd, Flehingen, Freiburg, Ravensburg, Ulm.

Monika Kleusch

MPD-Expertise für Geflüchtete aus der Ukraine

Fachdienst begutachtet vor Ort im Landkreis Heilbronn

16 Menschen mit Behinderungen aus der Ukraine und ihre Angehörigen leben derzeit in der Evangelischen Stiftung Lichtenstern in Obersulm. Dort besuchten sie Fachkräfte des Medizinisch-Pädagogischen Dienstes (MPD) des KVJS zur Feststellung ihrer Bedarfe.

Zu Ostern konnten sie gemeinsam mit ihren Angehörigen ein bis dahin leerstehendes Gebäude der Stiftung Lichtenstern beziehen: 16 aus der Ukraine geflüchtete Personen mit Beeinträchtigungen im Alter zwischen sechs und 65 Jahren. Ihre Angehörigen pflegen und versorgen sie. Um Fragen zur wesentlichen Behinderung und zu Beeinträchtigungen und Bedarfen zu klären, war im August ein multidisziplinäres Team des MPD unter Leitung von Dr. Monika Spannenkrebs gemeinsam mit Fachkräften der Eingliederungshilfe des Landratsamtes Heilbronn vor Ort.



© Robert Kneschke - stock.adobe.com

Ärztliche Inaugenscheinnahme

„Die Menschen konnten einen ukrainischen Behindertenausweis vorlegen, weitere medizinische Unterlagen waren nicht vorhanden“, erklärte MPD-Leiterin Spannenkrebs. „Es gelang dennoch mit Hilfe einer professionellen ukrainischen Dolmetscherin und durch ärztliche Inaugenscheinnahme und orientierende Befunderhebung alle notwendigen Informationen zu erhalten. Bis auf zwei Personen wurde aus ärztlicher Sicht bei allen Menschen eine wesentliche Behinderung gesehen. Teilweise bestand ein erheblicher Pflegebedarf sowie ein Bedarf an Pflegehilfsmitteln und Unterstützung in allen Lebensbereichen.“

Grundsätzlich sind mehrere der Ukraine-Flüchtlinge mit Behinderungen erwerbsfähig. Eine große Hürde stellt für sie aber die Unkenntnis des deutschen Gesundheitssystems und der sozialen Unterstützungssysteme dar, gepaart mit fehlenden deutschen Sprachkenntnissen. Barrieren, die aktuell noch einer Integration in den deutschen Arbeitsmarkt und damit die selbstbestimmte

Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft verhindern. Aber diese Barrieren können überwunden werden. Spannenkrebs: „Damit Hilfen so schnell wie möglich erfolgen können, ist notwendig, den Menschen aus der Ukraine bei der jeweiligen Antragsstellung zu helfen.“

Wie sich die Kreise vorbereiten können

Es ist wahrscheinlich, dass auch in Zukunft Gruppen von Menschen mit behinderungsbedingten oder pflegerischen Bedarfen bei den Stadt- und Landkreisen ankommen. Umso wichtiger ist eine gezielte Vorbereitung. Aufgrund der bei dem Besuch in Obersulm gemachten Erfahrungen sollten bereits im Vorfeld Verfahrensabläufe entwickelt werden, um multidisziplinär und aktiv auf die Menschen zugehen zu können.

„Empfehlenswert ist ein gemeinsamer Vor-Ort-Termin der Behörde durch Personen mit medizinischen Fachkenntnissen sowie Experten hinsichtlich behinderungsbedingter Bedarfe und Pflegebegutachtungsexperten. So werden effizient Einschränkungen und Bedarfe aller Art erfasst“, so die Leiterin des MPD.

Monika Kleusch

Positionspapier „Übergänge zum allgemeinen Arbeitsmarkt“

BAGÜS bestätigt den erfolgreichen Weg Baden-Württembergs

Das vom KVJS mit erarbeitete Positionspapier enthält Kurskorrekturen, Aktualisierungen und Forderungen zu den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben. Nun folgt die Diskussion mit den Partnern auf Bundesebene.

Auf welchen Wegen lässt sich das Ziel eines gelingenden Übergangs auf den allgemeinen Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen am besten erreichen? Mit dieser Fragestellung befasst sich die Arbeitsgemeinschaft Übergänge der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe (BAGÜS). Herausgekommen ist ein Positionspapier mit acht Kernforderungen.

Der Auslöser, sich näher mit dem Thema Übergänge zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu beschäftigen, waren die BAGÜS-Werkstattempfehlungen 2021. „Wir haben an dem damaligen Entwurf mit Hinweis auf die Strukturen und die Leistungsentwicklung in Baden-Württemberg zu einigen grundsätzlichen Aussagen zur Förderung von Übergängen zum allgemeinen Arbeitsmarkt deutlich Kritik geübt“, erklärte Berthold Deusch, stellvertretender Leiter des KVJS-Integrationsamts. Kritik, die nun in das BAGÜS-Positionspapier eingeflossen ist, an dem der KVJS mitgewirkt hat.

Acht Forderungen

Die Fachexpertinnen und -experten der BAGÜS haben wesentliche Handlungserfordernisse auf acht Feldern festgestellt und dazu folgende Forderungen formuliert:

- Leistungsangebote der Eingliederungshilfe weiterentwickeln
- Verbindliche Kooperationen regeln: Übergänge aus der Schule oder aus der Werkstatt gestalten
- Budget für Arbeit weiterentwickeln
- Zugänge vom allgemeinen Arbeitsmarkt vermeiden

- Teilhabeplanverfahren ausbauen
- Werkstatt-Monitoring einführen
- Gesetzliche Grundlagen überprüfen und gegebenenfalls ändern
- Aufgaben der Träger der Eingliederungshilfe weiterentwickeln

Baden-Württemberg ist seit langem bundesweit Spitzenreiter, was erfolgreiche Übergänge auf den allgemeinen Arbeitsmarkt angeht. Daher konnte der Leiter des KVJS-Dezernats Soziales Frank Stahl konstatieren: „Die bisherigen Strukturen und Vereinbarungen in Baden-Württemberg werden mit dem Positionspapier nachdrücklich bestätigt.“

Für die Diskussion auf Bundesebene

Das Positionspapier der BAGÜS besteht aus einer Langfassung mit umfassenden Erläuterungen und einer Kurzfassung mit zentralen Forderungen. Es bietet die Grundlage für eine Diskussion auf Bundesebene mit Partnern wie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen, der Bundesagentur für Arbeit, der Deutschen Rentenversicherung, der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen sowie mit der Politik.

Monika Kleusch

Die Lang- und die Kurzfassung des Positionspapiers finden Sie im Internet unter LWL | Mitglieder-Infos – BAGÜS: www.bagues.de/de/veroeffentlichungen/mitglieder-infos/

Schulbegleitung für Kinder mit Behinderungen fördert die Teilhabe an Bildung. © Monkey Business - stock.adobe.com

Gebündelte KVJS-Kompetenz für Teilhabe an Bildung

Neue Publikation zur Schulbegleitung erschienen

Das Thema Schulbegleitung beschäftigt Eltern, Schulen, Schulträger sowie Eingliederungshilfe und Jugendhilfe gleichermaßen. Um die gemeinsame Zielsetzung zu erreichen, sind Kenntnisse der unterschiedlichen Denkweisen und rechtlichen Möglichkeiten der beteiligten Systeme hilfreich.

In der Reihe KVJS-Fokus ist nun die Broschüre „Schulbegleitung als Leistung zur Teilhabe an Bildung“ erschienen, in der der Medizinisch-Pädagogische Dienst, das Landesjugendamt und das Dezernat Soziales des KVJS ihre Kompetenzen gebündelt haben. Die neue Publikation soll vor allem Fachkräften der Eingliederungshilfe, Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen und der Politik zur Orientierung auf dem komplexen Themenfeld dienen.

Der KVJS-Fokus zur Schulbegleitung stellt die rechtlichen Rahmenbedingungen der

Eingliederungshilfe und der Jugendhilfe in Bezug auf das Thema Schulbegleitung dar und wirft einen schulrechtlichen Blick auf den besonderen und sonderpädagogischen Förderbedarf sowie die Unterstützungsmöglichkeiten innerhalb des Schulsystems. Ferner wird die Abgrenzung der Aufgaben einer Schulbegleitung gegenüber dem Kernbereich pädagogischer Tätigkeit von Lehrkräften behandelt. Eine Literatur- und Linkliste, die in der Onlineversion verlinkt ist, runden die Broschüre ab.

Die Bezugsbedingungen finden Sie am Ende dieses Heftes bei „Neu erschienen“.

Monika Kleusch

REHAB: Großes Interesse an KVJS-Stand

Facettenreiche Präsentation auf der Karlsruher Messe

Diesmal mussten Aussteller und Messebesucher wegen Corona drei statt zwei Jahre warten: Die 21. Auflage der Fachmesse für Rehabilitation, Therapie, Pflege und Inklusion (REHAB) in der Messe Karlsruhe empfing Ende Juni rund 12 000 Besucherinnen und Besucher.

Drei Tage lang wurden neueste Hilfsmittel, Innovationen in Pflege, Orthopädie- und Rehathechnik auf insgesamt 35.000 Quadratmetern vorgestellt.

Rund 350 Ausstellende aus 18 Ländern hatten sich in Karlsruhe eingefunden. Mittendrin: der KVJS mit seinem Stand, der die Vielfalt von Inklusion widerspiegelte. Die Fach-

messe war eine lebendige Austauschplattform für Fachleute und Menschen mit Behinderung.

„Jeder Besucher an unserem Stand hat sich mit seinem Thema wiedergefunden“, freuen sich die Mitglieder des KVJS-Ausstellungsteams. Kunststück, hatte der KVJS doch sein vielfältiges Angebot rund um das Thema Inklusion aufgeföhren.

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf dem Thema Inklusion in Arbeit. Die Fachberaterinnen und -berater und die Spezialisten des Technischen Beratungsdienstes des KVJS-Integrationsamts konnten zahlreiche Fragen über die Fördermöglichkeiten für schwerbehinderte Menschen im Berufsleben beantworten.

Wie Unterstützung am Arbeitsplatz konkret aussehen kann, demonstrierte der „schlaue Klaus“, ein Assistenzsystem, das erstmals auf der REHAB zu sehen war. Das System verbindet Kameratechnik und intelligente industrielle Bildverarbeitung mit Datenbank-Management. Manuelle Fertigungsprozesse werden Schritt für Schritt digital gespeichert. Anhand dieser Daten führt der „schlaue Klaus“ die Mitarbeiter durch den Fertigungsprozess und überprüft gleichzeitig jeden einzelnen Arbeitsschritt.

Besonders umlagert war die Präsentation der KVJS-Fachschule Flehingen zu ihrem Angebot „Zusatzqualifikation tiergestützte Therapie“. Die beiden

Ein echter Ei-Catcher: Betreuer mit Therapiehuhn am KVJS-Stand.

Auch Dieter Steck, stellvertretender KVJS-Verbandsdirektor, Jürgen Dusel, Bundesbehindertenbeauftragter und Karl-Friedrich Ernst, damaliger Leiter des KVJS-Integrationsamtes, schauten vorbei. © Thomas Brenner



Leckere Wraps vom WorKA-Foodtruck.

Therapiehunde und zwei Therapiehühner zogen besonders Auszubildende verschiedener heilpädagogischer Fachrichtungen an. Der Flehinger Lehrgang „Natur- und Erlebnisguide“ wurde mit einem rollstuhlgeeigneten Boot vorgestellt.

Zum ersten Mal präsentierte sich auch die Koordinierungsstelle Quartiersakademie unter dem Stichwort „Leben im Quartier“ auf der Karlsruher Fachmesse. Ihr Thema: Wie kann man sich erfolgreich einbringen bei der Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen in der unmittelbaren Umgebung? „Wir hatten bis zum Schluss viele Anfragen auf der Messe“, so Dr. Andrea Keller von der Quartiersakademie.



Die beliebte Kletterwand war wieder Bestandteil des KVJS-Stands. © Fotos Monika Kleusch

Auch die Kleinsten wurde nicht vergessen: Keltern, die inklusive Gemeinde im Enzkreis, stellt ihren integrativen Waldkindergarten vor. Verschiedene Fachvorträge, der auch für körperlich eingeschränkte Menschen bezwingbare Kletterturm und der Foodtruck des Karlsruher Inklusionsunternehmens WorKa zeigten außerdem, wie facettenreich Inklusion sein kann.

Monika Kleusch

Auf Wiedersehen 2025

Der KVJS wird 2025 wieder mit einem nochmals erweiterten Angebot auf der REHAB vertreten sein. Wir sehen uns!

Insiva: Fünf Geschäftsbereiche für Inklusion

Inklusionsunternehmen der Habla feiert sein Zehnjähriges

Seit ihrer Gründung im Jahr 2012 ist die Insiva GmbH kräftig gewachsen. Der größte Geschäftsbereich ist „Catering und Service“ mit inzwischen rund 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.



Prokurist Friedrich Haselberger (links) und Geschäftsführer Joachim Kiefer (rechts) führen das Inklusionsunternehmen Insiva seit dessen Gründung vor zehn Jahren. © Stephan Gokeler

In der Zentralküche in Rappertshofen werden unter der Leitung von Mirko Sebrek täglich bis zu 3500 Mahlzeiten aus frischen und möglichst regional bezogenen Zutaten hergestellt und an zahlreiche Firmenrestaurants, Behördenkantinen, Schulmensen und Kindertageseinrichtungen geliefert. Die Küche ist von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für die Verpflegung in Tageseinrichtungen für Kinder zertifiziert und verfügt auch über EU-Zertifikate für moderne Produktionsverfahren und die Zubereitung von Bio-Lebensmitteln.

Mit grünem Daumen

Im Jahr 2013 bereits kam die Garten- und Landschaftspflege als weiterer Geschäftsbereich

hinzu, mit Niederlassungen in Reutlingen und in Ulm. Hauptauftraggeber sind die Landkreise sowie Firmen, die der Insiva die Pflege ihrer Außenanlagen übertragen. In Ulm übernimmt die Insiva auch Baumpflegearbeiten und betreibt eine eigene Imkerei.

Ein Jahr später gründete die Insiva auch in Ellwangen eine Niederlassung. Im neuen Gebäude im Virngrund waren die Insiva-Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zunächst für Catering und Reinigung verantwortlich. Schnell vergrößerte sich der Kundenkreis um weitere Firmenkantinen in der Region. Noch in diesem Jahr wird auch die Produktionsküche am Rabenhof auf die Insiva übergehen.

Über zwei Geschäftsbereiche verfügt die Insiva im Landkreis Ludwigsburg, wo sie ebenfalls seit 2014 präsent ist. Der Einstieg war eine Arbeitsgruppe, die gesetzlich vorgeschriebene E-Check-Prüfungen an elektrischen Geräten in Betrieben vornimmt. Der jüngste Geschäftsbereich ist im Industriegebiet von Markgröningen in der Volmarstraße angesiedelt. Hier übernimmt die Insiva solche Dienstleistungen für Betriebe, die von der Habla-Werkstatt in Markgröningen nicht erledigt werden können. Ein Beispiel ist die Beschriftung von Metallteilen mit einer Laseranlage.

Die Insiva beschäftigt zurzeit rund 70 Menschen mit einer Schwerbehinderung auf sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen des ersten Arbeitsmarktes. Gesamtbetriebsleiter der Insiva ist seit 2016 Michael Seilmeier. Der Firmensitz befindet sich im Neckarbogen in Tübingen.

Stephan Gokeler

Glücksfälle für beide Seiten

Der Mann für alle Fälle: Achim Hertl im Portrait

Achim Hertl ist ein Mitarbeiter der ersten Stunde in dem Habla-Tochterunternehmen. Er arbeitet in der Schulmensa Markweg in Herrenberg und fühlt sich in seinem Team unter Leitung von Stefan Heinrich bestens aufgehoben.

Als sein Vater in der Zeitung las, dass eine neue Firma Arbeitskräfte in Herrenberg sucht, war Achim Hertl gerade arbeitslos. Zehn Jahre hatte der staatlich anerkannte Bürofachhelfer in Böblingen gearbeitet, dann war sein Arbeitgeber insolvent geworden. Also ging er zum angegebenen Termin. „Ich hatte die Vorstellung, dass es um ein gegenseitiges Kennenlernen gehen würde. Am Ende des Abends war ich aber eingestellt“, erinnert er sich. Und das, obwohl er auf dem Gebiet des Caterings „völlig jungfräulich“ war, wie er erzählt.

Aber beim Inklusionsunternehmen Insiva zählen nicht nur formale Qualifikationen. Dass es menschlich passt und die Motivation vorhanden ist, sich auf Neues einzulassen, ist mindestens genauso wichtig. So wurde Achim Hertl ein Insiva-Mitarbeiter der ersten Stunde und war schon an Bord, bevor die beiden von der Insiva bewirtschafteten Schulmensen geöffnet hatten.

Im Unternehmen hochgearbeitet

Zunächst arbeitete Achim Hertl in der Mensa Längenholz, später wechselte er ins Team der Mensa im Schulzentrum Markweg. Dass auch bei einem Inklusionsunternehmen „Lehrjahre keine Herrenjahre“ seien, habe ihm nichts ausgemacht, sagt er. Anfangs bestanden seine Aufgaben vor allem darin, zu putzen und zu spülen. „Ich habe mich hochgearbeitet“, sagt der 50-Jährige selbstbewusst. Längst ist er auch in der Essensausgabe, bei der Temperaturkontrolle



Glücklich an seinem Arbeitsplatz Schulmensa: Achim Hertl, Insiva-Mitarbeiter der ersten Stunde. © Stephan Gokeler

der Speisen und der Vorbereitung der Gasträume fit. Auch für die Verteilung der Speisepläne in den drei angrenzenden Schulen ist er verantwortlich. Überdies hat er schon in anderen Insiva-Niederlassungen ausgeholfen, wenn dort Not am Mann war. Am liebsten arbeitet er aber in Herrenberg, das er von seinem Wohnort Gültstein aus gut erreichen kann.

Jackpot unter den Chefs

Geradezu ins Schwärmen gerät Achim Hertl, wenn er von seinem Chef berichtet. „Er hat uns an die Hand genommen, den Druck von uns auf sich geladen und wir fühlen uns alle wohl hier“, sagt er. Mehr noch: Er habe „den Jackpot unter den Chefs“ gewonnen und wäre zufrieden, wenn bis zu seiner Rente alles so weiterlaufen würde wie gerade.

Der so gelobte heißt Stefan Heinrich und leitet die Insiva-Niederlassungen in Herrenberg seit sechs Jahren. Ähnlich wie sein Mitarbeiter hat Stefan Heinrich schon verschiedene Stationen in seinem Berufsleben durchlaufen. Gelernter Regierungsinspektor und Fernmeldetechniker ist er, hat aber auch 20 Jahre lang Eventgastronomie betrieben.

Das Thema Inklusion, die Nähe zu seinem Wohnort und geregelte Arbeitszeiten hätten ihn zur Insiva gelockt, berichtet Stefan Heinrich. Ein Glücksfall sei diese Chance für ihn gewesen, die Arbeit mit seinen beiden Teams in Herrenberg mache ihm immer noch großen Spaß.

Stephan Gokeler

© StockPhotoPro - stock.adobe.com

Gewaltprävention auf dem Prüfstand

Sozialplaner befassen sich mit Schutzkonzepten in Einrichtungen der Behindertenhilfe

Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf ein gewaltfreies Leben – unabhängig davon, wo sie wohnen und arbeiten. Gewaltschutzkonzepte sollen Übergriffe in Einrichtungen der Eingliederungshilfe verhindern. Doch finden diese auch Anwendung?

Körperliche und sexualisierte Gewalt, psychische Übergriffe, Diskriminierungserfahrungen – Professorin Monika Schröttle zeichnete auf der Sozialplaner-Tagung in Gültstein ein erschütterndes Bild: Menschen mit Behinderung erfahren häufiger Gewalt als andere Bevölkerungsgruppen, besonders stark sind Frauen gefährdet. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Studie aus dem Jahr 2013. Eine daran anknüpfende Sonderauswertung zeigt darüber hinaus, dass neben Familienmitgliedern und Partnern auch Fachkräfte in den Einrichtungen sowie Bewohner und Werkstattmitarbeitende zu den Tätern zählen. Jede vierte bis fünfte Frau fühlt sich im Kontakt mit Personal allein nicht sicher, drei Viertel bei Alleinsein mit Bewohnern. Aus Angst vor den Folgen sowie aus Mangel an

Informationen und Aufklärung, suchen sich die Betroffenen oft keine Unterstützung.

Menschen einbeziehen

Wie Gewaltschutzstrukturen in Einrichtungen ausgestaltet sind, damit befasst sich eine jüngst vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichte Studie. „Zwar sind mit Blick auf die vergangenen zehn Jahre Verbesserungen erkennbar, dennoch bestehen immer noch Lücken bei der Umsetzung“, so Schröttles Resümee. Gründe dafür seien unter anderem Personalmangel, eine fehlende Vernetzung zu externen Unterstützungsangeboten sowie unzureichende Handlungssicherheit. Um die strukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, beinhaltet die Studie konkrete Handlungsempfehlungen.

Zu den Vorschlägen zählen mitunter die Schaffung von flächendeckenden, unabhängigen Beschwerdestellen und die Stärkung der Frauenbeauftragten. „Wichtig ist zudem, dass die Menschen mit Behinderung an der Ausarbeitung von Schutzkonzepten beteiligt und regelmäßig über ihre Rechte informiert werden“, unterstrich Schröttle. „Auch Supervision und Reflexion gehören dazu – sonst funktioniert Gewaltschutz nicht“. Um ein aktuelles Bild zu Gewalt gegen Frauen und Männern in Einrichtungen zu erhalten, wird derzeit eine Wiederholungsstudie umgesetzt. Diese schließt erstmalig auch ambulante Angebote der Behindertenhilfe und Werkstätten für Menschen mit Behinderung in die Untersuchungen ein.

Standards definieren

Die Sozialplaner vertieften im Plenum einzelne Aspekte zum Thema Gewaltschutz und diskutierten die Frage, wie dieser in Einrichtungen konsequenter umgesetzt werden kann. Als Ergebnis hielten sie unter anderem fest, dass verbindlich definierte Qualitätsstandards bei Schutzkonzepten für eine einheitlichere Umsetzung sorgen könnten. Auch der KVJS hat dieses Erfordernis erkannt und entwickelt gemeinsam mit den Kommunalen Behindertenbeauftragten derzeit Mindeststandards für die Leistungsträger der Eingliederungshilfe.

In Gesprächsrunden richteten sie den Blick ebenfalls auf Rahmenbedingungen, die zu einer Verbesserung der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung beitragen. Thema waren darüber hinaus bestehende Angebote und Anlaufstellen für Betroffene sowie die Frage, welche neuen Kooperations- und Vernetzungsmöglichkeiten sinnvoll sind.

Tag 2: Schnittstellenarbeit und Vernetzung

Zweiter Schwerpunkt der Tagung war die fachliche Schnittstelle zum Teilhabemanagement. Um diesen Aspekt genauer in den Blick zu nehmen, stießen die Sachgebietsleiter Eingliederungshilfe am zweiten Tag in Gültstein dazu. „So nehmen wir



Gewaltforscherin Monika Schröttle von der Hochschule Ravensburg-Weingarten und der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. © Julia Holzwarth

den gesamten Gestaltungs- und Steuerungsspielraum auf allen Ebenen mit in den Blick“, begrüßte KVJS-Referatsleiterin Julia Lindenmaier die neu eingetroffenen Kollegen. Neben einem Vortrag der Stadt Ulm zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, beteiligte sich der Rems-Murr-Kreis mit einem Input zur Zusammenarbeit von Sozialplanung und Teilhabemanagement. In Workshops vertieften die Fachkräfte das Thema, gingen auf die wechselseitigen Erwartungen ein und betrachteten bestehende Kommunikationsstrukturen.

Die Unterlagen zur Jahrestagung der Sozialplaner sind im Mitgliederbereich abrufbar.

Julia Holzwarth

SGB IX: Virtueller Austausch – niederschwellig und passgenau

Online-Plattform zur Umsetzung des Landesrahmenvertrags

Um seine Mitglieder bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes zu unterstützen, bietet der KVJS virtuelle Austausch-Plattformen an. Was zunächst infolge der Corona-Pandemie aus der Not heraus entstand, hat sich inzwischen als wertvolles Angebot etabliert.

Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ist komplex. Umso wichtiger ist es, im Gespräch zu bleiben und Erfahrungen aus der praktischen Umsetzung zu teilen. „Der Austausch ist für alle Beteiligten wichtig und bereichernd. Aus der Perspektive des KVJS kristallisiert sich so auch schnell heraus, an welcher Stelle sich Fragen und Probleme häufen oder was schon gut funktioniert“, sagt Eva Dargel, Leiterin des Referats 23 Vertragsrecht und Vergütungen. Schwerpunkt dieser Plattform ist das Vertragsrecht mit der Schnittstelle zum Gesamtplanverfahren – ein Gemeinschaftswerk von Referat 23, dem Referat Soziales und Teilhabe sowie dem Medizinisch-Pädagogischen Dienst. „Wir arbeiten bereichsübergreifend zusammen. Nur so lässt sich die Praxis in den Kreisen auch realistisch abbilden. Leistungs- und Vergütungsverhandlungen, Bedarfsermittlung, Teilhabeplanung – all diese Themen sind untrennbar miteinander verzahnt.“

Kommunales Modell

Die bereits durchgeführten Online-Veranstaltungen befassten sich unter anderem mit dem kommunalen Modell für eine Leistungs- und Vergütungsvereinbarung im Bereich der besonderen Wohnformen. Der KVJS veröffentlichte dazu im März 2022 eine Publikation und aktualisiert diese fortlaufend anhand von Erfahrungswerten. Die Teilnehmer erhielten Infos zu den Neuerungen, die unter anderem die zusätzliche Darstellung von Zeitkorridoren und Vereinfachungen zur Ermittlung der Assistenzgrade betrafen. „Der Schwerpunkt unserer Plattform liegt aktuell bei den besonderen Wohnformen“, betont Dargel.

„Aber es werden auch andere aktuelle Themen und Entwicklungen besprochen, wie zum Beispiel im Bereich der Fördergruppen und Werkstätten“.

Erfolge und Stolperstellen

Die Veranstaltung informiert über die aktuellen Entwicklungen auf Landesebene sowie zu Verhandlungen nach dem neuen System. „Bei den laufenden Verhandlungen zeigen sich immer wieder Fallstricke und Probleme. Wir schauen aber auch auf Erfolge und Best-Practice-Beispiele“, so Dargel. Die Angebote werden sehr gut nachgefragt: etwa 120 Personen nehmen jeweils teil.

Die nächste Online-Plattform zur Umsetzung des Landesrahmenvertrags SGB IX ist am 23. November. Die Kreise wurden bereits per Rundschreiben darüber informiert. Nächstes Jahr finden Sie die Termine in der KVJS-Fortbildungsbroschüre. Geplant sind der 9. März sowie der 4. Oktober 2023.

Julia Holzwarth

INFO

Der KVJS bietet zu weiteren aktuellen Themen virtuelle Plattformen an. In den kommenden Ausgaben stellen wir das Online-Angebot zu Assistenzleistungen im eigenen Wohnraum und Sozialraum vor und berichten über die Veranstaltung zum Teilhabemanagement. Mehr Infos finden Sie auch im Mitgliederbereich.

Reinhard Urban in den Ruhestand verabschiedet



© KVJS

Reinhard Urban, stellvertretender Sozialdezernent und Leiter der überörtlichen Betreuungsbehörde, ist am 31. Oktober 2022 in den Ruhestand getreten. Er blickt auf eine mehr als vier Jahrzehnte

umfassende Karriere beim KVJS und seinem Vorgängerverband zurück. Urbans Wirken erstreckte sich auf zahlreiche Bereiche. Er war maßgeblich an der Weiterentwicklung des Verbands beteiligt und baute unter anderem die Integrationsfachdienste in Württemberg mit auf. Nach Stationen als stellvertretender Leiter der Referate Sozialplanung sowie Vergütungen und Entgelte war Urban zuletzt Chef des Referats 24 Überörtliche Betreuungsbehörde, Stiftungen und Hauptfürsorgestelle. Im Rahmen dessen legte er auch den Grundstein für das landesweit bekannte Online-Wissensportal für ehrenamtliche Betreuer und führte Datenbanken sowie die Online-Antragstellung ein. Seit März 2020 vertrat Reinhard Urban zudem als stellvertretender Sozialdezernent die Interessen des KVJS. Er engagierte sich ebenfalls als stellvertretender Vorstandsvorsitzender in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrations- und Inklusionsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) und führte den BIH-Fachausschuss Soziales Entschädigungsrecht.

Julia Holzwarth

Neue Leitung in Referat 24

Rouven Wrtal übernimmt als Nachfolger von Reinhard Urban die Leitung des Referats Überörtliche Betreuungsbehörde, Stiftungen und Hauptfürsorgestelle. Zuletzt war er beim KVJS in Karlsruhe als stellvertretender Leiter des Referats Teilhabe am Arbeitsleben tätig. Rouven Wrtal erhielt sein Diplom zum Verwaltungswirt an der Hochschule Ludwigsburg und qualifizierte sich in Bochum mit einem Masterabschluss in Sozialmanagement weiter. Zahlreiche berufspraktische Erfahrungen sammelte er zuvor als Chef der Betreuungsbehörde in Reutlingen, als Vereinsbetreuer in Heilbronn sowie als Sachgebietsleiter Eingliederungshilfe Leistung im Rhein-Neckar-Kreis. Darüber hinaus engagiert sich Rouven Wrtal seit vielen Jahren als ehrenamtlicher rechtlicher Betreuer.

Julia Holzwarth



© Julia Holzwarth

KVJS in Aktionsbündnis Kurzzeitpflege aktiv

Die Partner eines vom Sozialministerium initiierten Aktionsbündnisses wollen die Kurzzeitpflege weiter voranbringen. Auch der KVJS beteiligt sich in diesem Zusammenschluss und unterzeichnete die „Gemeinsame Erklärung 2.0“. Deren Inhalte zielen auf den Ausbau und die Weiterentwicklung der Kurzzeitpflege ab: Neben konzeptionellen Verbesserungen soll auch die Versorgung nach dem Krankenhausaufenthalt in den Blick genommen werden – etwa mithilfe der Übergangspflege als neue Leistungsart. Weiteres wichtiges Element zur Stärkung der Kurzzeitpflege ist die kooperative Sozialplanung vor Ort.

Um die künftige kommunale Versorgungs- und Infrastruktur zu steuern, sollen valide und landesweit akzeptierte Basisdaten erhoben werden.

Das Land fördert den Ausbau solitärer Kurzzeitpflegeeinrichtungen darüber hinaus weiterhin im Innovationsprogramm Pflege. Der KVJS ist mit der Bearbeitung des Förderprogramms beauftragt. Bewerbungsschluss ist der 20. Januar 2023.

Julia Holzwarth

Mehr Informationen finden Sie hier www.kvjs.de/KVJS-N958

Pflegeeinrichtungen: KVJS gewinnt Musterprozess



Das Urteil des Landessozialgerichts ist eine deutliche und richtungsweisende Klarstellung. © Uli Stöckle

Bei der Veräußerung geförderter Pflegeeinrichtungen wird häufig vom neuen Eigentümer oder Betreiber eine Erhöhung der Investitionskosten gefordert. Die Begründung: es handle sich nun nicht mehr um eine geförderte Einrichtung und die Investitionskosten seien, ohne die Berücksichtigung für den Bau gewährter investiver Fördermittel, neu zu berechnen. Folglich wird auch die Auffassung vertreten, dass für Selbstzahler der Investitionskostenbetrag selbst festgelegt werden kann.

Der KVJS hält auch nach einem Eigentümerwechsel oder anderen Veränderungen am Status der geförderten Einrichtung fest, bis die Bewohner

vollständig um die gewährten Fördermittel entlastet wurden. Im Schiedsstellenverfahren wurde diese Auffassung bestätigt und auch das Landessozialgericht wies die Klage gegen den Schiedsspruch ab. „Aus Sicht der Leistungsträger ist dieses Urteil sehr positiv zu bewerten und hat Signalwirkung“, unterstreicht KVJS-Sozialdezernent Frank Stahl. „Es ist zu vermeiden, dass über Verkäufe, Miet- oder Pacht-Konstrukte un gerechtfertigte Kostenbelastungen für die Bewohner und damit auch für die Sozialhilfe eintreten“. Aufgrund vermehrter Verkäufe von geförderten Einrichtungen ist das Thema in den letzten Jahren zunehmend strittig diskutiert worden.

Peter Härter / Julia Holzwarth

Pflegelöhne jetzt an Tarif gebunden

Seit 1. September 2022 müssen Pflegeanbieter Tariflöhne bezahlen. Bei Einrichtungen, die ihr Pflege- und Betreuungspersonal noch nicht nach Tarif oder entsprechend des regional üblichen Entgeltneiveaus entlohnt haben, erfolgte eine Neuverhandlung der Pflegesätze. Von März bis August führte der KVJS hierfür zusätzlich mehr als 100 Verhandlungen in einem abgestimmten vereinfachten Verfahren durch. Wie sich die Tarifpflicht monetär für den örtlich zuständigen Sozialhilfeträger auswirkt, lässt sich nur schwer beziffern. Unter anderem hängt dies maßgeblich vom Anteil der bereits vor der Umstellung tarifgebundenen Einrichtungen in dem jeweiligen Land- und Stadtkreis ab. Mit der Tarifbindung hat die Politik auf die Forderungen nach einer angemessenen

Vergütung in der Altenpflege reagiert. Sie ist eine von mehreren Änderungen durch die neue Pflege-reform. Der Gesetzgeber plant für die Pflegeheime darüber hinaus die Einführung eines bundesweit einheitlichen Systems zur Personalbemessung. Für Baden-Württemberg würde dies spürbar mehr Personal in den Heimen bedeuten. Der KVJS prognostiziert die damit verbundenen Mehrkosten mit bis zu 212 Millionen Euro jährlich. Nicht zuletzt stehen auch die pflegebedürftigen Menschen zusätzlichen Belastungen gegenüber. Zwar erhalten Heimbewohner seit Jahresbeginn einen an die Verweildauer geknüpften gestaffelten Zuschuss zum pflegebedingten Eigenanteil. Mittlerweile hat sich die finanzielle Entlastung durch steigende Eigenanteile aber fast wieder amortisiert.

Julia Holzwarth



Mehr Gehalt für Beschäftigte in der Altenpflege © Kzenon – Fotolia

Upcycling: Aus Alt mach Neu

Inklusive Nähmanufaktur Blauherz fertigt individuelle Kleidung und Accessoires

Als eine Spende von zwei Paletten mit gebrauchten Segeln beim Weinheimer Inklusionsunternehmen eintraf, entwickelte die inklusive Nähmanufaktur flugs eine neue Produktlinie: Taschen von winzig bis riesig.

Große Atelierfenster taucht den Raum der kleinen Nähmanufaktur in der Weinheimer Elisabethstraße 9 in gleichmäßiges Licht. Es herrscht ruhige Arbeitsatmosphäre. Eine junge Frau mit flammend rotem Haarschopf beugt sich konzentriert über ihr Werkstück auf dem Zuschneidetisch: Modenählerin Paula Ulmer (Name geändert) kümmert sich gerade um Einkaufstaschen aus hochwertigem Leinen, die eine Firma als Werbegeschenke bestellt hat.

Während Paula zuschneidet und absteckt, näht Jasmin Reiter (Name geändert) die Taschen zusammen. Am anderen Ende des Raumes ist Schneiderin Carmen Fuhrmeister (Name geändert) dabei, aus vielen Einzelteilen an der Nähmaschine eine Weste zusammenzufügen. Die drei Frauen

gehören zum fünfköpfigen Team der Fertigung, das noch durch eine geringfügig beschäftigte Mitarbeiterin ergänzt wird. Und durch Leonie Meyer, die Geschäftsführerin von Blauherz.

Das kleine feine Inklusionsunternehmen, die Hälfte des Teams hat eine Behinderung, stellt Wohntextilien, Werbetextilien, Kleidung und Accessoires her. Spezialität: Kleinserien nach Kundenwunsch und aus hochwertigen Materialien. „Die Westen hat ein Unternehmen für seine Mitarbeiter bei uns bestellt“, erklärt Geschäftsführerin Meyer. „Und für einen Verein haben wir gerade fünf Dirndlschürzen genäht.“ Ein anderer Kunde hat einen großen Haufen gebrauchter Arbeitskleidung bei Blauherz abgeladen, verbunden mit dem Wunsch, was Pfiffiges daraus zu machen. Kein Problem für Carmen,

die schon mehrere Ideen hat, aus deren Mustern der Kunde nun auswählen kann.

Neues Leben für alte Segel

„Upcycling“ heißt das Zauberwort dafür, aus etwas Altem, Ausgemustertem, etwas Neues, Begehrtes herzustellen. Und Blauherz hat den passenden Zauberstab. So war es auch, als kürzlich ein Segelverein zwei Paletten mit alten Segeln an die findige Nähmanufaktur spendete. Segel, die nun ein kleidsames zweites Leben als wasserfeste Taschen führen. Von der Mini-Handytasche über den strapazierfähigen Rucksack bis zum geräumigen Shopper reicht das Sortiment. Keine Tasche ist wie die andere.

„Wir stehen für qualitativ hochwertige Textilien aus nachhaltigen und biologischen Stoffen, individuell angepasst an den Kundenbedarf“, fasst Geschäftsführerin Meyer zusammen. Eine neue Quelle für gebrauchte Segel hat sie übrigens auch schon aufgetan. Für die originellen Blauherz-Taschen wird das Material also vorerst nicht ausgehen – ebenso wenig, wie dem inklusiven Unternehmen die Ideen.

Monika Kleusch

BLAUHERZ

STYLE WITHOUT BORDERS



Das Unternehmen

Blauherz ist eine Marke der Inklusion Weinheim 2019 gGmbH. Gestartet im Jahr 2015 als Projekt für geflüchtete Frauen ist es mittlerweile ein Inklusionsunternehmen für Menschen mit und ohne Behinderungen und wird vom KVJS-Integrationsamt gefördert.

Blauherz gehört zum Pilgerhaus Weinheim. Mehr Infos unter www.blauherz.eu

Social Media Know-how für Inklusionsunternehmen

Dümpeln Ihre Social Media Auftritte auch nur vor sich hin? Sind Sie überhaupt auf den richtigen Netzwerken aktiv? Machen Sie vielleicht noch gar nichts in dem Bereich? Sie wollen attraktiver für Kunden und Mitarbeitende werden? Lauter gute Fragen, die sich auch die gut 90 baden-württembergischen Inklusionsunternehmen stellen sollten, wie das KVJS-Integrationsamt fand.

Im September fand daher in der Stuttgarter Sparkassenakademie die Auftaktveranstaltung zur neuen Fortbildungsreihe „Social Media für Inklusionsunternehmen“ statt. Sie wird veran-

staltet vom KVJS-Integrationsamt gemeinsam mit der oeconos GmbH, die auf die Beratung von Sozialunternehmen spezialisiert ist.

Mit dem Anliegen, praxisorientiert zu arbeiten, schließt sich an die Auftaktveranstaltung eine sechsmonatige Umsetzungsphase in Arbeitsgruppen an. Hier können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer üben, wie man Social Media zum Beispiel gezielt zur Fachkräfterekrutierung nutzen kann oder als Ergänzung eines Vertriebskonzepts. Wer bis zum Ende durchhält, wird belohnt: Das KVJS-Integrationsamt gibt dann einen Zuschuss zu den Fortbildungskosten.

Monika Kleusch



Sturmerprob und wasserfest: Die Taschenkollektion von Blauherz lässt keine Wünsche offen. © Fotos Monika Kleusch

Wenn Ängste und Zwänge das Leben belasten

Einheitlicher Arbeitgeber-Ansprechpartner informiert zu psychischen Erkrankungen

Die Integrationsfachdienste (IFD) sind seit diesem Jahr auch Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA). Sie sollen die Arbeitgeber stärker für die Teilhabe am Arbeitsleben schwerbehinderter Menschen sensibilisieren. Wie das konkret aussehen kann, verrät Eckhard Kleemann, Teamleiter des IFD Böblingen.

Herr Kleemann, als EAA sollen die IFD trägerunabhängige Lotsen bei allen Fragen zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen sein – auch unabhängig von konkreten Einzelfällen. Ist ihr Angebot eines „Forum Arbeit und Behinderung“ Teil der neuen EAA-Strategie?

Das kann man sagen. Allerdings hat der IFD Böblingen solche Angebote auch schon früher gemacht. Im rollierenden System waren wir bei verschiedenen Arbeitgebern vor Ort und haben zu einem bestimmten Thema informiert. Wir haben das Catering übernommen, dafür zahlen wir keine Miete.

Deshalb also die Kooperation mit Ritter Sport in Waldenbuch, wo Sie jetzt zu Gast waren?

Genau. Eine Kollegin aus dem IFD-Team ist bei Ritter Sport gut eingeführt. Wenn eine Firma mit der Dienstleistung des IFD zufrieden ist, ist sie auch gerne bereit, mal etwas Neues zusammen zu machen. Dank an Firma Ritter für den technischen Support und die super Organisation!

Welchen Teilnehmerkreis erreichen Sie mit ihrem Informationsforum?

Bei uns kommen alle Großfirmen: Daimler, Porsche, Bosch, IBM. Aber auch kleinere Unternehmen laden wir ein, wenn wir einen Ansprechpartner haben. Oft kommen mehrere aus einem Unternehmen: Schwerbehindertenvertretungen, Personal- oder Betriebsräte, Personaler, Gesundheitsbeauftragte.

Wie sind Sie auf das Thema psychische Erkrankungen gekommen?

Psychisch behinderte Menschen sind die größte Personengruppe bei unserem Klientel. Für die Firmen ist es oft schwer zu sagen: Wie gehe ich mit sowas um? Deshalb bieten wir einige Themen aus dem psychiatrischen Bereich an.

Was bedeutet das konkret für den Aufbau Ihrer Veranstaltung?

Wir haben einen Theorieanteil – in diesem Fall mit einer Psychologin – und wir haben einen praktischen Anteil. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen Ideen und Handwerkszeug



Forum Arbeit und Behinderung

Psychische Erkrankungen stehen mittlerweile auf Platz zwei der Gründe für Arbeitsunfähigkeit. Aus diesem Anlass hat der IFD Böblingen in seiner Eigenschaft als EAA ein „Informationsforum Arbeit und Behinderung“ zum Thema „Angst und Zwangsstörungen. Symptome verstehen und betroffene Mitarbeiter unterstützen“ angeboten. Gastgeber war die Firma Ritter Sport. 46 Mitglieder betrieblicher Integrationsteams verschiedener Unternehmen nahmen vor Ort und weitere elf online an dem Info-Vormittag teil.



Eckhard Kleemann leitet den Integrationsfachdienst Böblingen. © Monika Kleusch

für ihre Praxis bekommen. Dazu gehören auch ganz konkrete Tipps wie zum Beispiel bei einer Panikattacke die betroffene Person etwa eine Zitrone, Salmiakpastille oder Chili essen zu lassen – das setzt einen starken Reiz und verschiebt den Fokus.

Sekundärer Nutzen ist, dass sich die betrieblichen Helfer untereinander vernetzen können. Um sich auszutauschen sind die Pausen wichtig. Das Erfahrungswissen und die Lösungen aus der Praxis sind wesentliche Bestandteile von „Kaffeetassengesprächen“. Das ist der große Vorteil gegenüber reinen Online-Formaten.

Wie war die Rückmeldung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer?

Unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer nehmen wirklich was mit. Das Verständnis für diese Erkrankungen konnten wir gut transportieren. Aber wir hatten noch nie schlechte Rückmeldungen. Wir haben eben die Erfahrungen aus der Praxis, deshalb können wir gut die Themen setzen.

Das Interview führte Monika Kleusch

KVJS auf Fachmesse „Besser sehen“

Die überregionale Fachmesse der Stiftung Nikolauspflanze fand am 8. Juli 2022 erstmalig im Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle Stuttgart statt. Menschen mit eingeschränktem Sehvermögen jeden Alters und ihre Angehörigen, aber auch Augenärztinnen und -ärzte, Rehabilitationsträger, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Lehrkräfte und Fachkräfte aus der Alten- und Behindertenhilfe konnten

sich zum Thema Sehen informieren. Hochkarätige Vorträge, eine große Hilfsmittelausstellung und viele Informationsstände, darunter auch ein Infostand des KVJS, rundeten das Messeprogramm ab.

Mehr zur Nikolauspflanze und ihr Angebot für blinde und sehbehinderte Menschen finden Sie hier: www.nikolauspflanze.de/unsere-angebote

Monika Kleusch



Reges Interesse: Die Fachmesse in der Stuttgarter Liederhalle war gut besucht. © Fotos Monika Kleusch



Neue Referatsleiterin Kündigungsschutz

Seit 1. Juli 2022 hat das Referat Kündigungsschutz und Begleitende Hilfe des KVJS-Integrationsamtes im Stuttgart mit Jana Schiffbauer eine neue Leiterin.

Nach ihrem Abschluss als Bachelor of Arts – Public Management der Hochschule in Kehl ging Schiffbauer 2015 zum KVJS-Integrationsamt und arbeitet seither im Stuttgarter Kündigungsschutzreferat. 2019 wurde sie dessen stellvertretende Leiterin. Nun folgt sie als Referatsleiterin Gerhard Opp nach, der in den Ruhestand getreten ist.

Monika Kleusch



© Monika Kleusch

Grundsatzreferat unter neuer Leitung

Susanne Mir Motahari-Ferber hat im August die Leitung des Referats Grundsatz, Ausgleichsabgabe, Widerspruchsverfahren beim KVJS-Integrationsamt übernommen, dessen stellvertretende Leiterin sie bereits seit 2020 war.

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg war Mir Motahari-Ferber zunächst als juristische Lektorin und Redakteurin in einem Verlag tätig. Seit Oktober 2018 arbeitet sie beim KVJS-Integrationsamt, zunächst im Referat Kündigungsschutz und Begleitende Hilfe, dann in ihrem jetzigen Referat, dessen vorherige Leiterin Ulrike Kayser sich in den Ruhestand verabschiedet hat.

Monika Kleusch

© Monika Kleusch

FASD Fachtag: Ein Gläschen in Ehren ...

... sollten werdende Mütter unbedingt verwehren.

Auch wenn der Volksmund sprichwörtlich zum Trinkgenuss einlädt – Alkoholkonsum in der Schwangerschaft kann zu sogenannten fetalen Alkoholspektrum-Störungen (FASD) führen. Wertvolle Aufklärungsarbeit und Information lieferte ein landesweiter Fachtag des KVJS.

Schon kleinste Mengen können erhebliche Auswirkungen haben. Alkohol und Schwangerschaft passen schlichtweg nicht zusammen. Werdende Mütter riskieren gravierende und lebenslange Schädigungen ihres ungeborenen Kindes. Die Bandbreite der Beeinträchtigungen reicht dabei

Stuttgart. „FASD ist eine der häufigsten angeborenen Erkrankungen und gleichzeitig ist sie zu 100 Prozent vermeidbar!“ verdeutlichte Kristin Schwarz, KVJS-Verbandsdirektorin, vor den rund 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Und auch Manfred Lucha, Minister für Soziales, Gesundheit



Warnen vor den Gefahren des Alkoholkonsums in der Schwangerschaft: Sozialminister Manfred Lucha und Verbandsdirektorin Kristin Schwarz. © Fotos Annette Bitterle

von geistigen Behinderungen und Entwicklungsverzögerungen bis hin zu Lernschwierigkeiten oder Verhaltensauffälligkeiten des Kindes: Es leidet an FASD – Fetalen Alkoholspektrum-Störungen.

Aufklärung verstärken

In Deutschland kommen schätzungsweise mehr als 10.000 Kinder pro Jahr mit fetalen Alkoholspektrum-Störungen zur Welt. Grund genug, dem Thema weitreichende Aufmerksamkeit zu schenken und Aufklärung zu betreiben: Dass das Thema FASD in der Jugendhilfe eine große Rolle spielt, zeigte der kürzlich vom KVJS-Landesjugendamt organisierte landesweite Fachtag in

und Integration, ließ es sich nicht nehmen, vor Ort zu sein: „Wir sind eine Gesellschaft, die sich sehr schwer tut mit Verzicht. Es gibt eine klare Botschaft, wann man die Finger von Drogen lassen sollte. Es stehen weiterhin Gelder zur Verfügung, um die richtigen diagnostischen Wege einzuschlagen und professionelle Angebote in Anspruch zu nehmen“, so Lucha auf der Veranstaltung. Diese beleuchtete die konkrete Situation in Baden-Württemberg und vermittelte in Vorträgen wertvolle Hintergrundinformationen und Praxiseinblicke. So wurde neben Ursachen, Symptomatik und Behandlungsmöglichkeiten auch ein Fallbeispiel eines betroffenen Jugendlichen erörtert.



© Annette Bitterle

Dialog vertiefen

Vor allem zeigte der Fachtag auf, welche Anforderungen FASD an die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe stellt und bot in verschiedenen Fachforen Möglichkeiten zum kollegialen Dialog – und das bereichsübergreifend. Aus den Arbeitsfeldern Frühe Hilfen, Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege, ambulante und stationäre Hilfen zur Erziehung, Allgemeiner Sozialdienst, Pflegekinderwesen, Adoptionsvermittlung und Jugendhilfe im Strafverfahren nutzten Fachkräfte den Tag, um sich vertiefend zu informieren und auszutauschen.

Annette Bitterle / Ulrike von Siegroth

Landesgartenschau: Frühe Hilfen stellen sich vor

Ob Ernährung, Schlafen oder Bindung – mit der Ankunft eines Babys tauchen bei Eltern vielfältige Fragen auf. Unter dem Motto „Baby im Blick – NORMAL, dass ich unsicher bin?!“ stellten sich die Frühen Hilfen des KVJS-Landesjugendamtes auf der Landesgartenschau in Neuenburg am Rhein vor. Im Pavillon des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald konnten sich Eltern und Interessierte rund um frühkindliche Themen informieren und beraten lassen: Welche Angebote gibt es während der Schwangerschaft und dem Lebensabschnitt

mit Kindern zwischen null bis drei Jahren? Mit welchen Mitteln können Familien unterstützt werden? Welche Möglichkeiten der Betreuung oder finanziellen Unterstützung stehen zur Verfügung? Vor Ort wurden diese und weitere Fachfragen beantwortet und das breite Angebotsspektrum präsentiert. Die Aktion entstand in Zusammenarbeit der Netzwerkkoordinatoren Frühe Hilfen im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und der Landeskoordinierungsstelle Frühe Hilfen des KVJS-Landesjugendamtes. www.kvjs.de

Ulrike von Siegroth



© Dagmar Rost

Mehr Anerkennung für Soziale Arbeit

Jahrestagung über Image und Profil der Mobilen Jugendarbeit

Was kann Mobile Jugendarbeit leisten? Wo liegen Chancen, wo ihre Grenzen? Wie wird das Aufgabenfeld noch bekannter und wodurch erfahren seine Fachkräfte Wertschätzung? Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt der jüngsten Jahrestagung.

Mobile Jugendarbeit ist unverzichtbar und hat einen hohen Stellenwert. Imagepflege und Profilschärfung waren daher zwei wichtige Schwerpunkte der Jahrestagung. Über „Aktuelle Entwicklungen der Jugendsozialarbeit in Baden-Württemberg“ informierte Marion Deiß vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, die genau wie Marion Steck, Referatsleiterin beim KVJS Landesjugendamt, die Wichtigkeit der Mobilen Jugendarbeit hierzulande unterstrich.

Für die Praxis der Mobilen Jugendarbeit sind ausreichende Ressourcen unerlässlich, zumal die Herausforderungen zunehmen. Die weitreichenden Auswirkungen der Corona-Pandemie insbesondere für junge Menschen langfristig zu bewältigen, sei stellvertretend hierfür genannt. Grund genug, sich bewusst zu machen und mit gekonnter Öffentlichkeitsarbeit nach außen zu kommunizieren, was Mobile Jugendarbeit tagtäglich leistet. Findet auch die Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork e. V. Baden-Württemberg (LAG). Sie hat gemeinsam mit einer Vorbereitungsgruppe und dem KVJS-Landesjugendamt die Tagung auf die Beine gestellt und das Programm mit verschiedenen Workshops bereichert, darunter „Im Brennpunkt der Erwartungen – Mobile Jugendarbeit mit Profil“.

Praxisrelevanter Austausch

Neben Vorträgen – etwa zur „Reform des Jugendgerichtsgesetzes durch die EU-Richtlinie 2016/800: Verbesserte Verfahrensrechte in Strafverfahren für Jugendliche?“ von Prof. Dr. iur. Dipl.

Psych. Stefanie Kemme (Hochschule in der Akademie der Polizei Hamburg) – bot die Veranstaltung genügend Raum für den kollegialen Austausch im bewährten Open-Space Format. Die Themen waren vielfältig. So ging es beispielsweise um die Auswirkungen des Ukraine-Krieges in Form von Fluchtbewegungen junger Menschen, die auch die Mobile Jugendarbeit in besonderem Maße fordern und vor neue Aufgaben stellen. Was die Fachkräfte in dieser Situation konkret tun können und wie der Beitrag der Mobilen Jugendarbeit aussehen kann, wurde im offenen Dialog erörtert.

Ulrike von Siegroth



© motortion - stock.adobe.com

Umgang mit Traumata in der Schulsozialarbeit

Die aktuelle Situation geflüchteter und traumatisierter junger Menschen stellt die Schulsozialarbeit und ihre Fachkräfte vor besondere Herausforderungen. Was genau versteht man unter einem Trauma? Wie geht man mit Betroffenen um, und vor allem: wie hilft man ihnen? Diese und weitere Fragen wurden in einer eigens dafür konzipierten Online-Impulsveranstaltung erörtert. Unter dem Titel „Flucht und Trauma – Umgang mit traumatisierten jungen Menschen“

hatte das KVJS-Landesjugendamt hierfür aufgrund der hohen Nachfrage gleich zwei Veranstaltungstermine organisiert. Niedrigschwellig und kompakt vermittelte Referent Dr. Udo Baer (Semnos, Pädagogisches Institut Berlin) den rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern Hintergrundinformationen und Praxistipps für ihre tägliche Arbeit an Schulen. Ausführliche Tagungsunterlagen gibt es unter: www.kvjs.de/jugend/kinder-und-jugendarbeit-jugendsozialarbeit

Ulrike von Siegroth

Frühe Hilfen: Infos kompakt und online

Neues Online-Angebot: Netzwerkkoordinierende und Fachkräfte der Frühen Hilfen erhalten aktuell über die sogenannten „Spotlights“ wertvollen Input für ihren Arbeitsalltag. Hinter den „Spotlights“ verbergen sich 60- bis 90-minütige Onlinevorträge zu unterschiedlichen Praxis-Themen, darunter: „Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) – präventiver Kinderschutz“, „Trauma“ und „Interkulturalität

– kultursensibles Handeln in den Frühen Hilfen“. Das Angebot erfolgt im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“. Über dieses Programm organisiert die Landeskoordinierungsstelle zur Umsetzung der Bundesstiftung Frühe Hilfen in Baden-Württemberg die kostenfreien Vorträge. Das neue Format kommt so gut an, dass es 2023 fortgesetzt werden soll. www.kvjs.de

Ulrike von Siegroth



© nadezhda1906 - stock.adobe.com

Projektbeirat zu „Frühe Hilfen und Psychiatrie Hand in Hand“

Zum ersten Mal konnten sich am 8. September 2022 die Mitglieder des Projektbeirats „Frühe Hilfen und Psychiatrie Hand in Hand“ persönlich treffen. Unter der Leitung von Prof. Ute Ziegenhain präsentierten die Forscherinnen vom Uniklinikum Ulm einen ersten Einblick in die bisher erhobenen Daten.

Als ein vorläufiges Ergebnis zeichnet sich deutlich ab, dass viele befragte Personen sich mehr fachliche Fort- und Weiterbildung wünschen. Das ist vor allem für die KVJS-Fortbildung eine wichtige Anregung. Aktuell werden unter anderem Fachkräfte aus den Bereichen Frühe Hilfen, Psychiatrie und Kindertagesbetreuung online befragt. Die Erhebung empirischer Daten wird gegen Ende 2022 abgeschlossen sein. Für das zweite Quartal 2023 ist die dritte Sitzung des Projektbeirats angesetzt, die sich mit weit fortgeschrittenen Auswertungen und den vorläufigen Ergebnissen beschäftigen wird.

Der Projektbeirat besteht aus 18 Mitgliedern, von denen 13 persönlich und zwei virtuell an der Sitzung teilnahmen. Mitglieder sind neben dem KVJS und der Universität Ulm als



Mitglieder des Projektbeirates konnten sich wieder persönlich treffen. © Monika Kleusch

Forschungspartner Vertreterinnen und Vertreter aus den Landkreisen, ferner der Krankenkassen sowie der Betroffenen und des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration.

Monika Kleusch

Zwei neue Forschungsprojekte im Jahr 2023

Der Forschungsbeirat unter Vorsitz der Verbandsdirektorin Kristin Schwarz hat in seiner Sitzung am 26. September zwei neue Projektideen des KVJS für 2023 befürwortet. Das erste der diskutierten Projekte trägt den Titel „Aufgaben und Perspektiven von Tagesstätten für Menschen mit psychischer Erkrankung“. Ziel ist dabei, das Tagesstättenangebot in Baden-Württemberg empirisch zu durchleuchten und konzeptionell weiterzuentwickeln. Die Projektleitung wird Dr. Gerrit Grünes übernehmen.

Unter der Leitung von David Schmückle wird das zweite Projekt mit dem Arbeitstitel „Die gute Praxis inklusiver Projekte. Impulse für die Kommunen in Baden-Württemberg“ anlaufen. Das Forschungsvorhaben soll erfolgreiche Inklusions-Projekte und deren Gelingensfaktoren identifizieren. Die vielen konstruktiven Rückmeldungen aus dem Forschungsbeirat werden in der weiteren Planung aufgegriffen und konkretisiert. Anfang 2023 wird das Forschungsprojekt zu den Tagesstätten ausgeschrieben.

Monika Kleusch

Eingliederungshilfe: Teilhabekiste für Wünsche und Ziele

KVJS bietet praxisnahes Seminar für Fachkräfte an

Was wünsche ich mir für mein Leben? Welche Ziele habe ich? Was soll sich ändern? Alles wichtige, jedoch nicht immer leicht zu beantwortende Fragen. An diesem Punkt setzt die Teilhabekiste an: Sie hilft Menschen mit Beeinträchtigungen, ihre individuellen Bedürfnisse konkret zu formulieren.

Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung haben das Recht auf vollumfängliche und selbstbestimmte Teilhabe. Ihre persönlichen Ziele spielen dabei eine zentrale Rolle. Die Teilhabekiste unterstützt dabei, genau diese zu finden und zu erreichen. Sie besteht aus einem Set mit über 500 Bild- und Text-Karten zu konkreten Teilhabezielen aus Sicht von Menschen mit Behinderung. Aufgeteilt in 16 verschiedene Lebensbereiche sind alle zentralen Themen berücksichtigt – angefangen bei Lernen, Freizeit und Familie bis hin zu Glaube sowie politischer Beteiligung.

INFO

Auch im Jahr 2023 sind mehrere Schulungen geplant. Diese sind demnächst buchbar.

Der KVJS bietet zudem Veranstaltungen vor Ort an.

Bei Interesse wenden Sie sich an
Leena von Kittlitz
E-Mail: Leena.Kittlitz@kvjs.de
Telefon: 0711 / 6375-385

Von Definition bis Dokumentation

Die Arbeit mit der Teilhabekiste ist ein Prozess. Sie liefert den Menschen im ersten Schritt Ideen, was

ihnen im Leben wichtig ist. Aus den Wünschen entstehen dann konkrete Ziele, die mithilfe der Teilhabekiste benannt oder durch eigene Karten ergänzt werden. Wird die Teilhabekiste als Kommunikationshilfe in der Eingliederungshilfe genutzt, können diese Ziele in das Gesamtplanverfahren übernommen werden. Darüber hinaus sind auch eine Erfolgskontrolle und Dokumentation vorgesehen.

Ich möchte mir mein Essen selbst machen.
Zum Beispiel:
Ich mache mein Frühstück.

Ich möchte einkaufen.
Ich kaufe meine täglichen Sachen selbst.

3 Tägliche Dinge erledigen

ICF-Kapitel aus Aktivität und Teilhabe: d1, d5, d6, d7, d8 und d9



4/2022



Karte für Karte zu mehr Teilhabe. Foto Julia Holzwarth © IPH Fulda / BAGFW

Der KVJS macht Sie fit!

Die Teilhabekiste wurde in einem Projekt der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und des Instituts Personenzentrierte Hilfen an der Hochschule Fulda entwickelt. Der Erwerb der Kiste ist an eine Schulung geknüpft. Diese bietet der KVJS Fachleuten in der Eingliederungshilfe, in der Arbeit mit Geflüchteten sowie für

Pflegekräfte an. Die Fortbildung ist praxisorientiert und macht die Teilnehmenden fit im Umgang mit dem Teilhabeinstrument. Sie lernen, wie damit die Kommunikation in der Teilhabe- und Zukunftsplanung sowie Alltagsbeteiligung erleichtert werden kann. Ein Set der Teilhabekiste ist inklusive.

Julia Holzwarth

4/2022

Fortbildungen vor Ort zur Quartiersentwicklung

Die Quartiersakademie hilft, das passende Angebot zu finden

In Baden-Württemberg ist die Quartiersakademie Ihr Ansprechpartner für Fragen rund um das Thema Fortbildung. Sie berät Städte, Gemeinden, Landkreise oder zivilgesellschaftliche Organisationen zu den jeweils vor Ort passenden Themen.



QUARTIERS AKADEMIE



Planen Sie die Einrichtung eines Quartiertreffs, ein neues Integrationsprojekt, die Gestaltung von öffentlichen Räumen oder Bürgerbeteiligungsverfahren? Was muss da beachtet werden? Welche erfolgsversprechenden Instrumente gibt es? Wer sollte alles miteinbezogen werden? Oft kann eine Inhouse-Fortbildung für alle beteiligten haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden weiterhelfen. Die Quartiersakademie weiß, wie Sie sich die passende Beratung ins Haus holen können.

Thema, Ort und Zeit der Inhouse-Fortbildung können Sie selbst festlegen. „Für den Einstieg in die Quartiersentwicklung eignet sich eine Einführungsqualifizierung,“ erklärt Dr. Andrea Keller von der Koordinierungsstelle Quartiersakademie. „Diese ist auch ein guter Ausgangspunkt für eine anschließende Standortbestimmung, Konzeptentwicklung oder zur Vorbereitung eines Förderantrags.“

Förderung möglich

Die Quartiersakademie arbeitet eng mit vielen erfahrenen Fortbildungsträgern zusammen. Die Veranstaltungen können aus Landesmitteln finanziell gefördert werden. Außerdem ist das Angebot

mit anderen Förderbausteinen der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“ kombinierbar. Einen Überblick über das Fortbildungsangebot bietet Ihnen die Homepage der Quartiersakademie: www.quartiersakademie.de/veranstaltungsangebot/

Monika Kleusch

INFO

Die Quartiersakademie wird finanziert aus Landesmitteln, die der Landtag Baden-Württemberg beschlossen hat. Die Koordinierungsstelle Quartiersakademie ist angesiedelt beim Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg.

Weitere Informationen und Kontakt:

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg
Koordinierungsstelle Quartiersakademie
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Telefon 0711 / 6375-317
E-Mail: info@quartiersakademie.de
www.quartiersakademie.de

Neu erschienen

© fotofabrik - stock.adobe.com

Alle bestellbaren Publikationen des KVJS sind kostenlos. Sie finden sämtliche Veröffentlichungen auch im Internet unter www.kvjs.de/der-kvjs/service/publikationen-und-videos/.

Soziales

Leistungspakete – Vorschlag zu einer Leistungs- und Vergütungssystematik im SGB IX, Update Juni 2022.

Das kommunale Modell für eine Leistungs- und Vergütungsvereinbarung gemäß §§ 123 ff. SGB IX (Leistungspakete) ist der kommunale Vorschlag für die praktische Umsetzung des Landesrahmenvertrags SGB IX.

Die Publikation ist online abrufbar.

Soziales und Jugend

Schulbegleitung als Leistung zur Teilhabe an Bildung, August 2022.

Das Thema Schulbegleitung beschäftigt Eltern, Schulen, Schulträger, Eingliederungs- sowie Jugendhilfe gleichermaßen. Eine gelingende Zusammenarbeit zum Wohle der Kinder und Jugendlichen ist hier notwendig. Um die gemeinsame Zielsetzung zu erreichen, bilden Kenntnisse der unterschiedlichen Denkweisen und rechtlichen Möglichkeiten der beteiligten Systeme die Basis. Die Publikation greift diese auf.

Bestellung:

Annabell Biniak
Telefon 0711 / 6375-553
Annabell.Biniak@kvjs.de

Ayse Günay-Kaya
Telefon: 0711 / 6375-320
Ayse.Guenay-Kaya@kvjs.de

Behinderung und Beruf

Zeitschrift „ZB Behinderung & Beruf“, Regionalbeilage Baden-Württemberg, Heft 3, September 2022.

Das Heft gibt Einblicke in die Arbeit des Integrationsamtes.

Bestellung:

Manuela Weimar
Telefon: 0721 / 8107-942
integrationsamt@kvjs.de

Entdecken Sie die neue digitale ZB

Die Zeitschrift Behinderung und Beruf (ZB) hat eine zeitgemäße Digitalausgabe bekommen. Auch die baden-württembergische Regionalausgabe erscheint im neuen Digitalgewand unter dem Stichwort „Regionales“. Ein Archiv mit den Ausgaben der letzten drei Jahre rundet das neue Angebot ab. Noch bis Ende des Jahres wird es parallel eine Papier- und eine Digitalausgabe mit jeweils gleichem Inhalt geben. Ab 2023 stehen die neuesten Informationen zu Behinderung und Beruf dann ausschließlich online zur Verfügung. So können auch kleine Filme und andere aktive Elemente eingebunden werden.

Entdecken Sie hier das neue Digitalmagazin:

www.bih.de/integrationsaemter/zb-magazin/



**GLEICH KOSTENLOS
ABONNIEREN!**

KVJS

**Kommunalverband
für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg**

Postanschrift
Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart

Hausanschrift
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Telefon 07 11 63 75-0

info@kvjs.de
www.kvjs.de